

WAHLKREIS **LÜNEN / HAMM-UNNA II**

WAHLE PRÜFE STEINETS

**Kirche fragt –
Kandidat:innen antworten!**

Eine Initiative der
Evangelischen Kirche in Dortmund - Lünen
zur Bundestagswahl 2021

SPD

CDU

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

DIE LINKE.

**Freie
Demokraten**



INHALT

Impressum, Kontakt	S. 2	Die Kandidat:innen	S. 5
Editorial	S. 3	Literaturhinweise	S. 24
Plakat	S. 4		

1. FRIEDENS- UND VERTEIDIGUNGSPOLITIK WIE GESTALTEN? SEITE 6/7	2. FLUCHT UND MIGRATION HUMANITÄR AUSRICHTEN? SEITE 8/9	3. ARMUTS-BEKÄMPFUNG ERNEUERN? SEITE 10/11
4. BEZAHLBAREN WOHNRAUM SICHERN? SEITE 12/13	5. KLIMAWANDEL STOPPEN!? SEITE 14/15	6. MOBILITÄTS-WENDE ERMÖGLICHEN? SEITE 16/17
7. DEMOKRATIE VERTEIDIGEN, ABER WIE? SEITE 18/19	8. RECHTS-POPULISMUS ENTGEGENTRETEN? SEITE 20/21	9. MIT DER EVANGELISCHEN KIRCHE KOOPERIEREN? SEITE 22/23

REDAKTION

Das Konzept der Wahlprüfsteine wurde vom Ausschuss für Gesellschaftliche Verantwortung der Ev. Kreissynode Dortmund im Mai 2021 beschlossen und von einer Dortmunder und einer Lüner Projektgruppe ausgearbeitet. Mitgewirkt haben Pfr. Niels Back, Elke Elandt-Dahmann, Sabine Fleiter, Eckhard Kneisel, Pfr. Udo Kytzia, stv. Sup. Michael Stache, Pfr. Friedrich Stiller (Schlussredaktion) und Oliver Volmerich. Ein besonderer Dank für die fachliche Begleitung geht an Oliver Volmerich, Mitglied im Ausschuss für Gesellschaftliche Verantwortung. Dank auch an Diane Spitz und Tim Burgemeister für die Unterstützung.

Fotos: Adobe Stock (©Photobeps, ©ghoststone)
Porträtfotos/Parteienlogos: CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke
Gestaltung: text und design, Spieckermann

IMPRESSUM | KONTAKT

Evangelischer Kirchenkreis Dortmund, Referat für Gesellschaftliche Verantwortung,
Pfr. Friedrich Stiller (V.i.S.d.P.), Jägerstr. 5, 44145 Dortmund
rgv@ekkdo.de, 0231/8494-373

SPANNENDE EINSICHTEN

Im Kirchenkreis Dortmund ist es gute Tradition, sich im Vorfeld von Wahlen zu engagieren. Zum einen wird damit die demokratische Kultur in unseren Städten unterstützt, denn Bürger:innen und Kandidat:innen wird ein Forum zur Meinungsbildung und Diskussion geboten. Zum anderen können so die Themen, die Kirche und Diakonie wichtig sind, im Vorfeld der Wahl in die Diskussion gebracht werden. In diesem Sinne hat der kreiskirchliche Ausschuss für Gesellschaftliche Verantwortung beschlossen, dass wir uns auch im Vorfeld der Bundestagswahl 2021 engagieren. Für Lünen war die entsprechende Facharbeitsgruppe beteiligt. Drei Beiträge wurden vorbereitet:

- **Wahlprüfsteine – Kandidat:innen für die Bundestagswahl antworten schriftlich auf ausgewählte Fragen der Kirche.**
- **Kurzvideos – Die Kandidat:innen werden in einem Kurzinterview präsentiert, das auch den Menschen näher zeigt.**
- **Ein Plakat – es wirbt dafür, zur Wahl zu gehen.**
(liegt gedruckt in DIN A3 vor)

Zu Videos und Plakaten erhalten Sie auf der folgenden Seite nähere Informationen.

Es gibt im Vorfeld einer Wahl viele Themen, die diskutiert werden können. Die folgenden neun Wahlprüfsteine orientieren sich an den **kirchlichen Themen Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung**. Mit dieser Trias haben die Kirchen der Ökumene einvernehmlich die christ-

liche Weltverantwortung in unseren Tagen konkretisiert. Im Kirchenkreis haben wir aufgrund unserer langjährigen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Rechtspopulismus das Leitziel **Demokratie** ergänzt. Zu jedem der vier Bereiche wurden zwei Wahlprüfsteine entwickelt, ein weiterer fragt abschließend nach der Zusammenarbeit mit Kirche und Diakonie. Alle Wahlprüfsteine sind gleich aufgebaut: Das Sachproblem; Kirchlich-diakonische Positionen; Fragen an die Kandidat:innen.

Zur Beantwortung eingeladen wurden die Parteien, die den aktuellen Umfragen zufolge Chancen auf den Einzug in den Bundestag haben, wobei wir aus Kapazitätsgründen jeweils eine:n Kandidat:in beteiligt haben, obwohl Dortmund zwei Wahlkreise hat. Die Reihenfolge der Antworten entspricht der Fraktionsgröße im Bundestag. Nicht aufgenommen wurde die Partei AfD, denn der Kirchenkreis Dortmund hält sie für eine rechtspopulistische Partei mit einem problematischen Verhältnis zu Demokratie und Menschenwürde (Vgl. dazu Literaturhinweise Nr. 8). Nicht ohne Grund werden Teile der Partei vom Verfassungsschutz beobachtet.

Bleibt uns, Ihnen spannende Einsichten beim Lesen zu wünschen, und den beteiligten Kandidat:innen für ihre Mitwirkung zu danken.

Und dann noch eins: Gehen Sie am 26. September bitte wählen. Egal was, Hauptsache eine demokratische Partei. Denken Sie daran, wie viele Menschen auf der Welt liebend gerne mit uns tauschen würden, damit sie auch in freien Wahlen über die Zukunft mitentscheiden dürfen.

Herzliche Grüße

Sup.in Heike Proske

Stv. Sup. Michael Stache
Vorsitzender Facharbeitsgruppe

Pfr. Friedrich Stiller
Leiter Referat Gesell. Verantwortung

KIRCHE FÜR DEMOKRATIE

BUNDESTAGSWAHL
26.09.
2021
WÄHLEN GEHEN

 • **WAHLPRÜFSTEINE**
Neun Fragen zu den
Wahlprogrammen

 • **VIDEO-CLIPS**
Kurzinterviews
mit den Kandidat:innen

 Veranstalter: Evangelischer Kirchenkreis
V.i.S.d.P.: Pfr. F. Stiller,
Ev. Kirchenkreis, Jägerstraße 5
Dortmund

Im Kirchenkreis Dortmund-Lünen ist es gute Tradition, sich im Vorfeld von Wahlen zu engagieren. Nicht um sich parteipolitisch einzumischen, sondern um die demokratische Kultur und Meinungsbildung zu unterstützen. Zudem bringen wir die Themen von Kirche und Diakonie in die Diskussion.

www.ev-kirche-dortmund.de

Dieses Plakat kann gedruckt bei uns bestellt werden.

DIE KANIDATEN:INNEN



Arnd Hilwig | CDU

48 Jahre alt, verheiratet, und hat gemeinsam mit seiner Frau vier Kinder. Der Volljurist lehrt an einer Hochschule. Seit 1992 engagiert er sich in der CDU. Er ist Kreis- und Fraktionsvorsitzender der CDU in Hamm. Zu seinen Schwerpunktthemen zählen der Städtebau, bezahlbarer Wohnraum sowie öffentliche Sicherheit und Ordnung.



Michael Thews | SPD

57 Jahre alt und Bundestagsabgeordneter für die SPD. „Als Chemie-Ingenieur und stellvertretender Vorsitzender im Umweltausschuss habe ich mich immer für Nachhaltigkeit, Kreislaufwirtschaft und Klimaschutz eingesetzt und möchte das auch in Zukunft weiter tun. Zudem engagiere ich mich ehrenamtlich zum Beispiel in der AWO und der IGBCE.“



Lucas Slunjski | FDP

„Ich bin 25 Jahre alt und kandidiere bei der kommenden Bundestagswahl für die FDP im Wahlkreis Hamm-Unna II. Neben meinem Herzensthema, Barrierefreiheit (ich bin selbst Rollstuhlfahrer) möchte ich mich insbesondere für eine freie und tolerante Gesellschaft einsetzen.“



Martin Kesztyüs | Grüne

41 Jahre, ledig, wohnhaft in Hamm, Diplomjurist. 2014 - 2020 Ratsherr der Stadt Hamm, 2016 - 2018 sachkundiger Bürger im Personal- und Digitalausschuss des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe, seit 2020 Fraktionsvorsitzender Bündnis 90 / Die Grünen in der Bezirksvertretung Hamm – Herringen und Sachkundiger Bürger im Digitalausschuss der Stadt Hamm.



Rebekka Kämpfe | Die Linke

„Ich bin 33 Jahre alt und Studentin der angewandten Sozialwissenschaften. Vor und während meines Studiums habe ich in den verschiedensten Bereichen gearbeitet. Zudem bin ich Mutter einer Tochter, die mein größter Antrieb ist, mich in dieser Gesellschaft für eine bessere Zukunft zu engagieren.“

1. FRIEDENS- UND VERTEIDIGUNGSPOLITIK WIE GESTALTEN?

Die Entspannungsphase in Europa nach 1989 scheint beendet, die Sicherheitslage hat sich verschärft. Die Ausweitung der Atomwaffenarsenale – ein überwunden geglaubtes Problem – ist auf die Tagesordnung zurückgekehrt. Russland und seine militärischen Verbündeten sowie die NATO führen neuerdings Großmanöver durch, wie man sie zuletzt aus der Zeit des Kalten Krieges kannte. Seit 2014 ist die Ukraine Kriegsschauplatz: Im Osten des Landes wird gekämpft, mit bisher 13.000 Toten, die Russische Föderation besetzte völkerrechtswidrig die Halbinsel Krim. Im selben Jahr hat die NATO eine Verabredung von 2002 bekräftigt, der zufolge alle Mitglieder 2% des Bruttoinlandsproduktes (BIP) für Rüstungsausgaben aufwenden sollen.

In Deutschland sind diese bereits von 1,2% auf derzeit 1,56% gestiegen. Zudem ist Deutschland weiter der viertgrößte Rüstungsexporteur der Welt. Die Evangelische Kirche in Deutschland fordert die Ächtung und das Verbot von Atomwaffen die strikte Bindung von Militäreinsätzen an das Völkerrecht sowie ein Rüstungsexport-Kontrollgesetz. Auch wenn sie eine angemessene Ausstattung der Bundeswehr bejaht, spricht sie sich vor allem für mehr internationalen zivilen Friedensdienst aus.

- Welche Richtung sollte die Friedens- und Verteidigungspolitik der Bundesrepublik zukünftig einschlagen?
- Wie stehen Sie zum 2% – Ziel für die Erhöhung der Rüstungsausgaben?



Primäre Herausforderung der Friedens- und Verteidigungspolitik ist es, Rüstungskontrolle und Abrüstung voranzubringen. Meine Vision ist eine Welt, in der nukleare Waffen als Abschreckung nicht mehr nötig sind. Wir unterstützen als CDU alle Maßnahmen gegen die Verbrei-

tung von Massenvernichtungswaffen sowie die Ächtung autonom-tötender Waffensysteme.

Die Bundeswehr muss über alle modernen Technologien verfügen, die zur Verteidigung nötig sind. Deshalb unterstütze ich das in der NATO beschlossene 2%-Ziel. Meines Erachtens müssen wir parallel zur Erhöhung des

CDU | ARND HILWIG

Verteidigungshaushaltes auch die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit entsprechend erhöhen. Eine intensivere Entwicklungshilfe ist beste Friedenspolitik.



Für mich gehört die Friedenssicherung zur wichtigsten Aufgabe der deutschen Politik. Dabei muss die internationale Zusammenarbeit in der UNO, in der EU und in der NATO gestärkt, multilaterales Handeln muss wiederbelebt werden, denn nur gemeinsam werden wir Frieden schaffen können. Wir setzen auf

Diplomatie und Dialog, auf zivile Krisenprävention und Friedensförderung, auf Abrüstung und Rüstungskontrolle. Wir werden die Kooperation stärken, in Partnerschaft mit Zivilgesellschaft und Nichtregierungsorganisationen.

Gerade in Europa müssen wir enger zusammenarbeiten, damit Europa als Friedensmacht auftreten und so eine kooperative, multilaterale Weltord-

SPD | MICHAEL THEWS

nung mitgestalten kann. Dabei ist klar, dass wir zur Bundeswehr stehen und ein zuverlässiger Partner der NATO sein werden.

Ich halte ein starres Festhalten für falsch, unsere Soldat:innen brauchen die beste Ausrüstung. Zur Friedenspolitik gehören aber nicht nur Rüstungsausgaben, auch die zivile Friedensprävention muss angerechnet werden.

DIE GRÜNEN | MARTIN KESZTYÜS



Unsere Außen- und Sicherheitspolitik zielt darauf, Konflikte zu verhindern und setzt deshalb auf Vorausschau gemäß der UN-Agenda für nachhaltige Entwicklung. Deutschland soll bei der politischen Entschärfung von Konflikten und der zivilen Konfliktbearbeitung auf globaler Ebene eine treibende Kraft werden. Den Europäischen Auswärtigen Dienst und

die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik gilt es zu stärken. Angesichts der wachsenden militärischen Risiken in Europa ist eine Wiederbelebung der konventionellen Rüstungskontrolle unabdingbar. Abrüstung und Rüstungskontrolle bedeuten global mehr Sicherheit für alle.

Die NATO bleibt aus europäischer Sicht neben der EU eine unverzichtbare Akteurin. Das nicht auf Fähigkeiten und

Befähigung ausgerichtete 2% -Ziel lehnen wir aber ab. Wir setzen uns für eine neue Zielbestimmung ein, die nicht abstrakt, national und statisch ist, sondern von den gemeinsamen Aufgaben ausgeht, und werden mit den NATO-Partnern darüber das Gespräch suchen.



Hier muss der Schwerpunkt auf einem Dialog mit allen Nationen liegen. Worte sind meiner Meinung nach die stärksten Waffen. Nur mithilfe internationaler Zusammenarbeit kann es gelingen, Krisen und Kriege weltweit zu beenden und neuen vorzubeugen.

Eine effektive Verteidigungspolitik kann nur mit gutem Material gelingen. Daher unterstütze ich das 2%-Ziel. Gerade in den letzten Jahren war in den Medien immer wieder von einer „schwächelnden Truppe“ zu lesen. Die zum Teil sehr marode Bundeswehr muss meiner Meinung nach finanziell

gestärkt werden, um für kommende Verteidigungsfälle und humanitäre Krisen (z. B. extreme Wetterlagen) gut aufgestellt zu sein.

DIE LINKE | REBEKKA KÄMPFE



Wir fordern ein Menschenrecht auf Frieden. Wir sind konsequent gegen Rüstungsexporte – Waffen schaffen keinen Frieden, das haben sie nie und das werden sie nie. Des Weiteren stellen wir uns gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr. Statt-

dessen fordern wir, dass zivile Strukturen für internationalen Katastrophenschutz aufgebaut werden. Wichtige zivile Hilfe darf nicht mit militärischen Maßnahmen verknüpft werden.

Wir setzen auf Abrüstung, Demokratie und friedliche Außenpolitik, die Ausgaben für Rüstung müssen drastisch

gesenkt werden. Wir werden eine Steigerung der Militär- und Rüstungsausgaben ablehnen.

2. FLUCHT UND MIGRATION HUMANITÄR AUSRICHTEN?

Flucht und Migration nach Europa und nach Deutschland haben seit 2015 aufgrund der Konflikte in Syrien, Irak und Afghanistan deutlich zugenommen. Eine zwischenzeitliche Beruhigung ist lediglich dem umstrittenen EU-Türkei-Deal von 2016 zu verdanken. Aus vielen afrikanischen Ländern fliehen weiter Menschen vor Krieg, Armut und Perspektivlosigkeit. Viele riskieren dabei ihr Leben auf dem Mittelmeer, Tausende sind dort mittlerweile ertrunken. Aber die grundlegenden Fluchtursachen sind weiter ungelöst und ein gerechtes Verteilungssystem der Geflüchteten innerhalb der Europäischen Union fehlt noch immer.

Die Evangelische Kirche und ihre Diakonie setzen sich konsequent und in ökumenischem Einvernehmen für Geflüchtete ein. Sie orientieren sich dabei an den Menschenrechten und einem konsequenten Schutz des Grundrechts auf Asyl. Kirchenasyl ist ein wichtiges Instrument, auch im Rechtsstaat. Aufgrund der humanitären Katastrophe im Mittelmeer unterstützt die Evangelische Kirche – auch der Kirchenkreis Dortmund – zudem humanitäre Rettungsmissionen im Mittelmeer wie beispielsweise United for Rescue / Sea Watch.

- Was ist aus Ihrer Sicht der wichtigste nächste Schritt in der europäischen Flüchtlingspolitik?
- Wie stehen Sie zu humanitären Rettungsmissionen im Mittelmeer wie Sea Watch?



Das Grundrecht auf Asyl ist unantastbar. Menschen, die in ihrer Heimat verfolgt werden, sollen in Deutschland aufgenommen werden – unabhängig von ihrer Herkunft. Aber Deutschland kann allein diese humanitäre Aufgabe nicht lösen: Wir brauchen ein gerechtes Verteilungs-

system der Geflüchteten innerhalb der Europäischen Union. Zudem muss die Europäische Union ihre Anstrengungen verstärken, Fluchtursachen wirksam zu bekämpfen. Dass in Not geratene Menschen gerettet werden, ist ein Akt der Selbstverständlichkeit. Es ist ein trauriges Kapitel, dass Tausende auf ihrer Flucht

CDU | ARND HILWIG

ertrunken sind. Deshalb unterstütze ich selbstverständlich humanitäre Rettungsmissionen von Geflüchteten, die im Mittelmeer von den Schlepperbanden ihrem Schicksal überlassen werden. Menschenhandel und Schleusung über das Mittelmeer müssen effektiver bekämpft werden.



Die SPD steht für eine humanitäre und solidarische Asyl- und Flüchtlingspolitik in der Europäischen Union. Wir müssen vor allem ein funktionsfähiges Europäisches Asylsystem mit dem notwendigen Gleichgewicht zwischen Verantwortung und Solidarität voranbringen. Dazu gehört eine Reform des

Dublin-Systems, die das Recht auf Asyl vollumfänglich wahrt. Das Asylsystem soll weiter europäisiert und das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen zu einer vollwertigen europäischen Asylagentur ausgebaut werden. Ganz wichtig für mich ist: Familien gehören zusammen. Die Regelungen für den Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten müssen

SPD | MICHAEL THEWS

wieder an die für Flüchtlinge angeleglichen werden. Dabei müssen auch Regelungen für den Geschwisternachzug zu unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen geschaffen werden. Seenotrettung ist eine Verpflichtung aus dem internationalen Seerecht und darf nicht kriminalisiert werden. Daher unterstütze ich humanitäre Rettungsaktionen.

DIE GRÜNEN | MARTIN KESZTYÜS



Ein gemeinsamer Raum der Freizügigkeit braucht kontrollierte Außengrenzen. Doch Grenzen sind nur rechtsstaatlich, wenn Menschenrechte geschützt werden und der Zugang zum Recht auf Asyl gesichert ist.

Die Auflösung der Blockadesituation in der Europäischen Union ist vordringlich. Wir werden mit hand-

lungswilligen Ländern vorangehen, um die katastrophale Situation an den Außengrenzen zu beenden. Menschenunwürdige Lager und Einrichtungen, Transitzonen oder europäische Außenlager in Drittstaaten lehnen wir ab.

Dass tausende Menschen jährlich im Mittelmeer ertrinken, weil europäische Regierungen ihnen keine sicheren Zugangswege ermöglichen und

die Rettung aus Seenot verweigern, ist eine Schande. Wir streiten weiter für eine zivile, europäisch koordinierte und finanzierte Seenotrettung. Da ein gemeinsames Vorgehen aller europäischen Mitgliedstaaten derzeit nicht möglich erscheint, wollen wir mit jenen Staaten vorangehen, die die Seenotrettung als völkerrechtliche Pflicht ernst nehmen.



Auch hier ist für mich klar, dass eine geordnete Flüchtlingspolitik nur funktionieren kann, wenn alle EU-Staaten an einem Strang ziehen. Wenn sich beispielsweise Länder wie Ungarn oder Polen nicht an Absprachen halten, muss dies sanktioniert werden. Eine

enge Absprache unter allen EU-Staaten muss daher das Mittel der Wahl sein. Nur gemeinsam sind wir stark! Für mich ist es nicht hinnehmbar, dass „vor der Haustür“ Europas immer noch fast wöchentlich Menschen sterben. Humanitäre Rettungsmissionen sind daher auf jeden Fall zu unterstützen.

Jedes gerettete Leben ist wichtig! Was aber ebenso wichtig ist, ist die Bekämpfung der Fluchtursachen vor Ort. Wir müssen gesamteuropäisch dafür sorgen, dass sich die Menschen gar nicht erst in Lebensgefahr begeben müssen.

DIE LINKE | REBEKKA KÄMPFE



Menschenleben retten, legale Fluchtwege schaffen und Fluchtursachen bekämpfen. Konkreter: Die EU-Abschottungsagentur Frontex muss aufgelöst und durch ein ziviles europäisches Seenotrettungsprogramm ersetzt werden. Elendsla-

ger wie Moria und seine Nachfolger müssen aufgelöst werden. Es braucht ein humanitäres Sofortprogramm zur Aufnahme der Menschen. Solange eine europäische Lösung nicht durchsetzbar ist, muss die Bundesregierung mit einer Koalition der Willigen vorangehen.

Seenotrettung darf niemals illegal sein. Unsere Menschlichkeit darf nicht an der Außengrenze von Europa enden. Mehr muss dazu nicht gesagt werden.

3. ARMUTSBEKÄMPFUNG ERNEUERN?

Der aktuelle Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung stellt fest, dass die soziale Ungleichheit in Deutschland zunimmt. Die Daten zeigen, dass sich der seit 2005 eingeschlagene Weg eines sanktionsbewehrten „Förderns und Forderns“ als Sackgasse herausgestellt hat. Denn er verbessert die Situation der Betroffenen nicht nachhaltig, wird als System der Entmutigung erlebt und ermöglicht ein Leben mit sozialer Teilhabe nur unzureichend.

Kirche und Diakonie engagieren sich in vielfältiger Weise gegen Armut und soziale Ungleichheit. Sie sind Träger von Projekten zur Arbeitsmarktintegration und Sozial- und Schuldnerberatung, organisieren Sozialkaufhäuser, Kleiderkammern, Tafeln und Suppenküchen. Die Diakonie Deutschland schlägt jetzt vor, die Armutsbekämpfung in Deutschland neu aufzustellen. Empfohlen wird eine sanktionsfreie und ausreichende Existenzsicherung, verbunden mit anreizorientierten arbeitsmarktpolitischen Hilfen und besseren Angeboten zur Sozialberatung.

- Welche Maßnahmen halten Sie für wesentlich zur Überwindung der Armut in Deutschland?
- Wie stehen Sie zum Hartz-IV-System?



Soziale Sicherheit soll in Deutschland Armut verhindern und ein Leben in Würde sichern. Die Armutsbekämpfung hat eine hohe soziale Bedeutung. Deshalb werden wir eine Offensive zur beruflichen Aus- und Weiterbildung

für Arbeitssuchende in der Grundsicherung starten. Wir werden jedem ein Angebot machen, damit die Betroffenen wieder für sich selbst sorgen können. Die Anrechnungen von Einkommen im SGB II wollen wir neu ausgestalten,

CDU | ARND HILWIG

um damit mehr Anreize zur Aufnahme einer Beschäftigung zu setzen und so einen schrittweisen Ausstieg aus Hartz IV zu fördern. Ziel muss es sein, möglichst viele Menschen aus Hartz IV wieder in Arbeit zu bringen.



Für mich sind drei Punkte besonders wichtig: Gute Arbeit, gleiche Chancen, gute Bildung und Ausbildung. Arbeit muss ordentlich entlohnt werden. Höhere Löhne durch stärkere Tarifbindung und einen Mindestlohn von mindestens 12 Euro sorgen auch für gute Renten im Alter. Für Heranwachsende werden

wir eine Kindergrundsicherung mit gebührenfreien Kitas mit bester Betreuung, Ganztagsangebote und ein existenzsicherndes Kindergeld einführen. Ergänzt durch gute Bildungsangebote und eine Garantie auf einen Ausbildungsplatz sollen alle die gleichen Chancen haben. Die Lebensleistung soll stärker berücksichtigt werden, wer länger in die

SPD | MICHAEL THEWS

Arbeitslosenversicherung eingezahlt hat, soll länger Arbeitslosengeld beziehen. Die Grundsicherung werden wir zu einem Bürgergeld entwickeln. Statt Hartz IV wird ein unkompliziertes Bürgergeld eingeführt, mit Hilfen statt Sanktionen. Die Regelsätze im Bürgergeld müssen zum Leben ausreichen und zur gesellschaftlichen Teilhabe befähigen.



DIE GRÜNEN | MARTIN KESZTYÜS

Arbeit muss gerecht bezahlt werden. Aber in unserem reichen Land arbeiten noch immer Millionen Menschen im Niedriglohnsektor mit schlechten Beschäftigungsverhältnissen, besonders häufig Frauen und Menschen mit Migrationsgeschichte. Den gesetzlichen Mindestlohn werden wir darum sofort auf 12 Euro anheben.

In einem reichen Land wie Deutschland darf kein Kind in Armut aufwachsen. Wir werden Familien mit einer einfachen und gerechten Kinder- und Familienförderung stärken: der Kindergrundsicherung.

Ich meine, dass Hartz IV „Unterdrückung durch Komplexität“ sei. Bündnis 90 / Die Grünen will Hartz IV überwinden und eine Garantiesiche-

rung einführen. Sie schützt vor Armut und garantiert ohne Sanktionen das soziokulturelle Existenzminimum. Sie stärkt Menschen in Zeiten des Wandels und kann Sicherheit angesichts großer Veränderungen in der Arbeitswelt geben. Die grüne Garantiesicherung ist eine Grundsicherung, die nicht stigmatisiert und die einfach und auf Augenhöhe gewährt wird.



Bildung ist für mich hier ein ganz zentraler Punkt. Noch immer sind die Bildungschancen von jungen Menschen viel zu häufig vom Elternhaus abhängig. Hier muss auf ganz verschiedenen Wegen etwas getan werden. Ein Aspekt ist beispielsweise die Digitalisierung in Schulen, um Schülerinnen und Schüler bestmöglich auf die spätere Arbeitswelt vorzu-

bereiten. Aber auch zweite Bildungswege müssen gefördert werden. Die Arbeitswelt ist mittlerweile so vielfältig wie die Menschen selbst. Anstatt dass die Politik Steine in den Weg legt, müssen auch Teilzeitmodelle und Home-Office gestärkt werden.

Klar ist: Wem eine bessere Bildung zu Teil wird, verdient später nachweislich mehr.

Statt über eine Erhöhung des Hartz

FDP | LUCAS SLUNJSKI

IV-Satzes zu diskutieren, muss es sich aus meiner Sicht lohnen, arbeiten zu gehen. Wer also schlichtweg zu faul ist zu arbeiten, soll es sich nicht in der „sozialen Hängematte“ bequem machen können.

Zu unterscheiden ist hierbei aber zwischen den Menschen, die nachweislich, z. B. aufgrund einer Erkrankung, nicht arbeiten können. Diese müssen natürlich unterstützt werden.



DIE LINKE | REBEKKA KÄMPFE

Alle Menschen müssen von ihrer Arbeit gut und sicher leben können. Hierzu müssen unter anderem Tarifbindungen ausgebaut werden, der Mindestlohn auf 13 EUR angehoben, Leiharbeit verboten und sämtliche Tätigkeiten sozialversicherungstechnisch abgesichert werden. Zusätzlich brauchen wir gleiche Ent-

gelte für Männer und Frauen.

Altersarmut muss mit dem Anheben des Rentenniveaus auf 53% und einer solidarischen Mindestrente in Höhe von 1.200 EUR entgegengewirkt werden. Zusätzlich soll ein garantiertes Mindesteinkommen von 1.200 EUR eingeführt werden.

Dieses System gehört abgeschafft. Als Zwischenschritt bis zur Einführung

einer sanktionsfreien Mindestsicherung wollen wir als Sofortmaßnahme die Erhöhung der derzeitigen Grundsicherungsleistungen auf 658 EUR plus Übernahme der Wohn- und Stromkosten in tatsächlicher Höhe.

4. BEZAHLBAREN WOHNRAUM SICHERN?

Wohnen ist in Deutschlands Großstädten zu einer zentralen Frage sozialer Gerechtigkeit geworden. Für viele Menschen wird es immer schwieriger, angemessenen und bezahlbaren Wohnraum zu finden. Besonders betroffen sind die einkommensschwächsten 20% der Bevölkerung, die im Schnitt etwa 40% des Haushaltseinkommens für Miete aufwenden müssen. Der Wohnungsmangel betrifft aber mittlerweile auch mittlere Einkommen.

Die Diakonie engagiert sich konkret für solche Menschen, die es am Wohnungsmarkt besonders schwer haben. Die Evangelische Kirche in Deutschland hat jetzt aber auch grundsätzliche Überlegungen zur nachhaltigen und fairen Gestaltung des Wohnungsmarktes unter der Überschrift „Bezahlbar wohnen“ vorgelegt. Sie fordert zum Beispiel eine angemessene Ausgestaltung des Wohngeldes, aber auch eine gezielte kommunale Bodenpolitik zur Preisdämpfung für das Bauen. Vor allem setzt sie sich für die verstärkte Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus ein. Dafür zu sorgen, dass jederzeit bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung steht, sei eine öffentliche Aufgabe.

- Wie müssen aus Ihrer Sicht die wohnungspolitischen Weichen gestellt werden, um nicht nur für mehr, sondern für mehr bezahlbaren Wohnraum zu sorgen?
- Wie stehen Sie zum öffentlich geförderten Wohnungsbau?



Der insbesondere in größeren Städten überhitzte Wohnungsmarkt ist der Grund für hohe Mieten. Wir brauchen deshalb wieder eine verstärkte Bautätigkeit, damit mehr Wohnungen zur Verfügung stehen. Wichtige Voraussetzung dafür ist eine gezielte kommunale Bodenpolitik – so wie unsere

erfolgreiche Wohnbauland-Initiative in Hamm. Ohne bezahlbare Grundstücke kein bezahlbares Wohnen. Der öffentlich geförderte Wohnungsbau ist ein wichtiges sozialpolitisches Instrument. Wohnraum muss für alle bezahlbar bleiben. Der soziale Wohnungsbau ist daher weiter zu fördern, dabei sollten die Bundesländer bei der

CDU | ARND HILWIG

Co-Finanzierung stärker in die Pflicht genommen werden. Im Zuge der mit großem Erfolg in Hamm durchgeführten Wohnbauland-Initiative lag der Anteil geförderter Wohnungen unter allen Neubauten zuletzt sogar bei 50 Prozent. Die Aktivierung von Bauland ist auch hier ein Schlüssel.



Wohnen ist Menschenrecht. Und Wohnungen müssen bezahlbar sein. Deshalb streben wir den Neubau von 400.000 Wohnungen jährlich an, davon 100.000 öffentlich gefördert. Dazu werden wir alle Beteiligten an einen Tisch bringen. Kommunale Wohnungsunternehmen und Genossenschaften, aber auch private Wohnungsunternehmen und Vermie-

ter:innen, Gewerkschaften und Kommunen. In angespannten Wohnlagen sollen Mieten zeitlich befristet nur in Höhe der Inflationsrate steigen dürfen. Ich bin dafür, dass die Mietpreisbremse entfristet wird. Die öffentliche Förderung von Wohnungsbau ist unverzichtbar für bezahlbaren Wohnraum. Ohne öffentlich geförderten Wohnungsbau wäre die Wohnungsnot noch höher. Daher bin

SPD | MICHAEL THEWS

ich für eine Steigerung des öffentlich geförderten Wohnungsbaus, die Förderung von genossenschaftlichen und kommunalen Wohnungsgesellschaften. Ich bin für die Einführung einer neuen Wohnungsgemeinnützigkeit und damit für ein zusätzliches, nicht gewinnorientiertes Segment auf dem Wohnungsmarkt.



DIE GRÜNEN | MARTIN KESZTYÜS

Wir wollen das Recht auf Wohnen ins Grundgesetz aufnehmen, denn Wohnen ist ein Menschenrecht. In Deutschland sind derzeit etwa 700.000 Menschen wohnungslos. Bei unserem nationalen Aktionsprogramm ist der Housing-First-Ansatz ein zentraler Baustein, bei dem Obdachlose in eine Wohnung einziehen können, ohne sich zuvor für

Hilfe „qualifizieren“ zu müssen. Wir wollen neuen Wohnraum schaffen – und zwar vor allem familiengerecht und öffentlich, sozialraum- und gemeinwohlorientiert. Wir werden deshalb die Mittel für den sozialen Wohnungsbau deutlich erhöhen. Wir werden die Kommunen unterstützen, ihre Wohnungsgesellschaften und gemeinwohlorientierten Baugenossenschaften zu stärken und neue zu grün-

den. Dazu werden wir mit einer neuen Wohngemeinnützigkeit für eine Million zusätzliche Mietwohnungen sorgen. Die noch vorhandenen bundeseigenen Bestände sollen nicht mehr an private Investor:innen veräußert, sondern ausschließlich verbilligt an Kommunen mit einer dauerhaften Sozialbindung abgegeben werden.



FDP | LUCAS SLUNJSKI

Hier ist vor allem die zentrale FDP-Forderung der Abschaffung der Grunderwerbsteuer zu nennen. Diese macht mit 6,5% in NRW einen Großteil der Kaufnebenkosten aus. Wer sich wieder Eigentum leisten kann, muss sich nicht um steigende Mieten sorgen und tut aktiv etwas für die Altersvorsorge. Auch kann ich

mir gut vorstellen, dass der Staat/ die Kommune selbst auf freien Flächen baut, um damit dem Preiskampf entgegen zu treten. Als Beispiel kann hier das „Wiener Modell“ genannt werden. Unsere Devise lautet: Bauen, bauen, bauen! Nur so kann dem Wohnungsmangel und der Preisspirale effektiv entgegengetreten werden.

Den öffentlich geförderten Wohnraum unterstütze ich. Ich finde es gut, dass es bei der Vergabe von neuen Wohngebieten/Neubausiedlungen Richtlinien und Vorgaben gibt, die vorgeben, zu welchem prozentualen Anteil frei finanziert und öffentlich gefördert gebaut werden darf.



DIE LINKE | REBEKKA KÄMPFE

Wohnen ist keine Ware, sondern ein Menschenrecht. Deshalb wollen wir einen nicht profitorientierten Wohnungssektor aufbauen. Ein bezahlbares Dach über dem Kopf braucht jeder:er. Wir fordern einen bundesweiten

Mietendeckel, damit die Mieten nicht weiter gen Himmel schießen und hohe Mieten gesenkt werden können. Wir benötigen dringend sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbau. Geförderte Sozialwohnungen dürfen

nach aktuellem Recht teilweise schon nach 15 Jahren wieder teuer vermietet werden. Das wollen wir ändern. Der Gewinn von Wohnungsgesellschaften muss reinvestiert werden.

5. KLIMAWANDEL STOPPEN!?

Die Hochwasserkatastrophe vor einigen Wochen hat noch einmal deutlich gemacht, dass die Auswirkungen des Klimawandels schon spürbar sind. In einem bemerkenswerten Urteil vom März 2021 hat das Bundesverfassungsgericht festgestellt, dass der Klimaschutz nach Art. 20a GG eine wichtige Aufgabe des Staates ist und das geltende Klimaschutzgesetz von 2019 als unzureichend kritisiert. Der Bundestag hat daraufhin mit den Stimmen der Regierungskoalition Nachbesserungen beschlossen. Ein wichtiger Faktor der Energieversorgung ist der Ausbau der Windenergie. Die NRW-Landesregierung verfolgt das Ziel, das Abstandsgebot für Windräder auf 1000 Meter festzulegen.

Die Ev. Kirche setzt sich seit Jahren für die Bewahrung der Schöpfung, für das Leitziel Nachhaltigkeit und eine wirksame Bekämpfung des Klimawandels ein. Kirchliche Klimaschutzprogramme wurden entwickelt, zum Beispiel in der Westfälischen Landeskirche. Kirchliche Umweltexperten fordern zudem eine CO₂-Bepreisung, die sozialverträglich ist und alle Sektoren – Strom, Wärme und Verkehr – umfasst. Die CO₂-Bepreisung wurde zuletzt auf 25 Euro/Tonne festgesetzt (bis 2025 auf 55 Euro/t ansteigend).

- Welche Ziele verfolgen Sie hinsichtlich der CO₂-Bepreisung?
- Wie stehen Sie zur Debatte um das NRW-Abstandsgebot für Windräder (neuerdings 1000 m)?

CDU | ARND HILWIG



Auf dem Wege zur Klimaneutralität setzen wir als CDU auf effiziente marktwirtschaftliche Instrumente. Wir streben einen umfassenden europäischen Emissionshandel mit einheitlichen Preisen an. Durch den Emissionshandel entstehende Mehrbelastungen wollen wir durch gezielte

Entlastungen in den Bereichen Wohnen und Mobilität kompensieren. Der weitere Ausbau der Windkraft ist mit Blick auf einen wachsenden Anteil des grünen Stroms eindeutig zu begrüßen. Bei neuen Projekten, insbesondere in der Nähe von bebauten Gebieten, darf aber nicht vergessen werden, dass es vor Ort immer wie-

der zu widerstreitenden Interessen kommt. Deshalb halte ich das in NRW – wie in anderen Bundesländern – geltende Abstandsgebot für Windräder für einen guten Maßstab. Zudem können die Kommunalpolitiker vor Ort im Einzelfall abweichende Entscheidungen treffen und einen geringeren Abstand beschließen.



Die CO₂-Bepreisung ist Teil einer notwendigen Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft, aber Deutschland muss gleichzeitig auch ein attraktiver Wirtschaftsstandort für alle Branchen bleiben. Deshalb müssen alle Sektoren, auch Gebäude und Verkehr, einbezogen werden und das Beihilferecht angepasst werden. Vor allem aber muss die Energiewende

sozial gerecht umgesetzt werden. BürgerInnen mit niedrigen Einkommen dürfen nicht ins Hintertreffen geraten. Ein Ausgleich – wie ein Pro-Kopf-Bonus – oder weitere Ausgleichsmaßnahmen müssen mit dem Ansteigen des CO₂-Preises geprüft werden. Auch muss der CO₂-Preis im Gebäudesektor von Mieter:innen und Vermieter*Innen zu gleichen Teilen getragen werden.

SPD | MICHAEL THEWS

Die 1000-Meter-Abstandsregel schränkt massiv die Flächen für Windkraft an Land in NRW ein und gefährdet damit Arbeitsplätze in der wichtigen Zukunftsindustrie Windkraft und das Gelingen der Energiewende. Wir brauchen aber den weiteren Ausbau der Windkraft, um den Klimawandel zu stoppen.



Die Klimakrise ist die Existenzfrage unserer Zeit. Wenn wir jetzt konsequent handeln und die sozial-ökologische Transformation einläuten, können wir die Klimakatastrophe aber noch verhindern. Der Bericht des Weltklimarates verdeutlicht, dass jedes Zehntelgrad zählt, um das Überschreiten von relevanten Kipppunkten im Klimasystem zu verhindern. Es ist

daher notwendig, auf den 1,5-Grad-Pfad zu kommen.

Dem Umweltbundesamt zufolge verursacht die Emission einer Tonne CO₂ Schäden von rund 195 Euro. Wir wollen die Erhöhung des CO₂-Preises daher auf 60 Euro auf das Jahr 2023 vorziehen. Die Einnahmen daraus geben wir als Energiegeld pro Kopf an die Menschen zurück.

Bei den Windrädern schiebt die Lan-

desregierung die Verantwortung auf die Kommunen ab. Diese dürfen den 1.000-Meter-Mindestabstand zwar durch die Bauleitplanung außer Kraft setzen. Jedoch zeigen Erfahrungen andernorts, dass davon wenig Gebrauch gemacht wird und die Verfahren langwierig sind. Daher lehne ich allgemeine Mindestabstände ab.

DIE GRÜNEN | MARTIN KESZTYÜS



Hier glaube ich an die Kraft der sozialen Marktwirtschaft. Wir wollen CO₂ einen Preis geben und dann die Möglichkeit schaffen, sogenannte CO₂-Zertifikate zu handeln. In diesem Modell wird jährlich neu festgesetzt, wie viel CO₂ freigesetzt werden darf. Entsprechend viele Zertifikate gibt es. Wer viel CO₂ freisetzt, muss entsprechend dafür bezahlen.

Wer hingegen durch neue Technologien sogar CO₂ einspart und speichert, kann neue CO₂-Zertifikate erstellen und diese dann handeln. Dadurch werden finanzielle Anreize geschaffen, um CO₂ dauerhaft einzusparen.

Windkraft ist für mich eine wichtige Technologie, um den Klimaschutz effektiv voran zu treiben. Allerdings muss hier auch eine Akzeptanz innerhalb der Bevölkerung erreicht wer-

den. Wer durch Lärmemissionen oder Schattenwurf dauerhaft gestört wird, ist sicherlich weniger bereit dazu als Personen, die einen ausreichenden Abstand zum nächsten Windrad haben.

Für mich müssen die Bürgerinnen und Bürger aktiv beteiligt werden, z. B. indem sie selbst in neue Windkraftanlagen investieren können und damit auch finanziell profitieren.

FDP | LUCAS SLUNJSKI



Den Emissionshandel als Leitinstrument im Klimaschutz lehnen wir ab. Primär müssen verbindliche Klimaziele und Emissionsgrenzen den Konzernen klare Vorgaben machen.

Förderprogramme und staatliche Infrastrukturanlagen müssen den Umbau unterstützen, damit die Kosten nicht auf den Endverbraucher abgewälzt werden.

Abstandsregelungen sollten nach

Sinn und Verstand erfolgen: am besten selbstbestimmt durch die jeweilige Kommune.

DIE LINKE | REBEKKA KÄMPFE

6. MOBILITÄTSWENDE ERMÖGLICHEN?

Das Thema Mobilitätswende spielt eine zentrale Rolle bei der Bekämpfung des Klimawandels und dem Bemühen um Klimaneutralität. Diskutiert werden eine Neuausrichtung des Verkehrssektors und der Mobilitätswirtschaft und die generellen Ziele und Wege einer solchen Umorientierung in Deutschland. Es geht um Senkung der schädlichen CO₂-Emissionen, des Energieverbrauchs sowie Vermeidung, Verlagerung und Verbesserung des Verkehrs.

Auch die Evangelische Kirche beschäftigt sich schon länger mit Mobilitätsfragen. So hat vor einiger Zeit eine ostdeutsche Landeskirche eine Petition für ein Tempolimit von 130 km/h auf den Autobahnen gestartet. Die Evangelische Kirche in Deutschland hat in diesem Jahr mit anderen das „Bündnis sozialverträgliche Mobilitätswende“ gegründet. Dort tritt sie ein für eine sozial gerechte und ökologische Mobilitätswende.

- Welches Instrument ist aus Ihrer Sicht das Wichtigste für eine Mobilitäts- und Verkehrswende?
- Wie stehen Sie zu einem Tempolimit von 130 km/h auf Autobahnen?



CDU | ARND HILWIG

Der Verkehr muss grundlegend modernisiert werden. Das Motto: Vorfahrt für intelligente Mobilität. Dazu müssen wir alle Möglichkeiten nutzen: Von der Stärkung des Schienenverkehrs bis zur emissionsfreien Pkw-Mobilität. Neben Elektro-Antrieben und

der Entwicklung synthetischer Kraftstoffe setzen wir auf den CO₂-freien Wasserstoff. Wir wollen Deutschland zum Wasserstoff-Land Nr. 1 machen. Ein generelles Tempolimit auf den Autobahnen lehnen wir grundsätzlich ab. Denn: Autobahnen sind in

Deutschland die sichersten Straßen – auch im internationalen Vergleich. Stattdessen setzen wir innovative, moderne Verkehrssteuerung.



SPD | MICHAEL THEWS

Mobilität muss vor allem klimaneutral werden und für alle Bürger:innen bezahlbar bleiben. Dazu müssen vor allem der Bahnverkehr und der öffentliche Nahverkehr gefördert werden. Bahnfahren durch ganz Europa sollte zukünftig günstiger und attraktiver als Fliegen sein. Auch gehört die Förde-

rung der Entwicklung und Produktion von E-Autos zu einer Mobilitätswende, es müssen preisgünstigere E-Autos auf den Markt kommen. Vor allem setze ich mich für einen Mobilitätsplan ein, der alle Verkehrsmittel vom Fußgänger, Radfahrer über PKW, LKW und Bahn einbezieht und aufeinander abstimmt.

Ich bin für ein Tempolimit von 130 km/h, es erhöht die Verkehrssicherheit, hilft klimaschädliche Abgase einzusparen und ist leicht einföhrbar.



DIE GRÜNEN | MARTIN KESZTYÜS

Die Verkehrspolitik hat jahrzehntelang einseitig Straßenbau und Pkw-Verkehr gefördert. Das hat keine Zukunft – moderne Mobilität für dieses Jahrhundert verlangt neue Prioritäten. Deutschland braucht eine Infrastrukturentwicklung, die den 1,5-Grad-Pfad einhält und allen Menschen zukunftsfähige und sichere Mobilität ermöglicht. Wir legen den

Fokus auf den Ausbau von Geh-, Rad- und Schienenwegen, eine gleichberechtigte Verteilung von Flächen, die Umnutzung bestehender Infrastrukturen sowie eine intelligente, barrierefreie Vernetzung umweltfreundlicher Verkehrsmittel. Auch die Vermeidung von Verkehr und daraus resultierenden Belastungen, unter anderem durch bessere Bedingungen für Homeoffice und die Wiederkehr der Nahversor-

gung in Orte und Stadtviertel, werden wir unterstützen.

Für die Autobahnen wollen wir ein Sicherheitstempo von 130 km/h. Wenn besondere Gründe es notwendig machen, wie beispielsweise in Städten oder Ballungsgebieten oder um sie herum, dann gelten maximal 120 km/h.



FDP | LUCAS SLUNJSKI

Hier muss aus meiner Sicht vor allem die Vielfältigkeit der Mobilität genannt werden. Die Ansprüche sind genauso individuell wie die Menschen selbst. Zum einen müssen der ÖPNV und der Fahrradverkehr weiter ausgebaut und gefördert werden. Ein Aspekt ist dabei z. B. die Barrierefreiheit von Bahnhöfen und Bushaltestel-

len, um den ÖPNV auch für behinderte Menschen attraktiv zu gestalten. Zum anderen muss aber auch der Individualverkehr weiterhin möglich sein, um Menschen die Freiräume zu ermöglichen, die sie sich wünschen.

Ein generelles Tempolimit halte ich für nicht zielführend. Gerade zu Randzeiten, spät am Abend oder in der Nacht, ist ein Tempolimit nicht erklär-

bar. Hier wollen die Menschen einfach gerne schnell von A nach B kommen. Was für mich viel wichtiger ist, ist die gegenseitige Rücksichtnahme im Straßenverkehr. Viel zu häufig wird gedrängelt oder das Rechtsfahrgebot missachtet. So werden Unfälle provoziert.



DIE LINKE | REBEKKA KÄMPFE

Ein kostenloser Öffentlicher Nahverkehr für alle. Dieser muss aber auch allen zur Verfügung stehen. Das heißt, er muss barrierefrei ausgebaut werden und auch im ländlichen Raum verfügbar sein.

Zusätzlich müssen Rad- und Fußwege ausgebaut werden.

Um CO₂-Ausstoß, Straßenschäden und Unfälle durch LKWs zu vermeiden, muss Güterverkehr auch unter 300 Kilometer Entfernung wieder auf die Bahn.

Ein Tempolimit würde die Autobahnen sicherer machen und das Klima schonen! Wir sind für ein Tempolimit von 120 km/h auf Autobahnen, 80 km/h auf Landstraßen und 30 km/h innerorts.

7. DEMOKRATIE VERTEIDIGEN, ABER WIE?

Die liberale Demokratie und der Rechtsstaat scheinen in Europa und den USA nicht so selbstverständlich wie lange gedacht. Die Präsidentschaft Trumps und der Sturm auf das Capitol, die Untergrabung von Rechtsstaat und Pressefreiheit in Polen und Ungarn sind dafür Beispiele, aber auch das Erstarken rechtspopulistischer Parteien in etlichen europäischen Ländern, nicht zuletzt in Deutschland. Populismus und illiberale Haltungen bedrohen die Demokratie von innen. Auch eine sinkende Wahlbeteiligung deutet auf eine wachsende Entfremdung von der Demokratie hin.

Die Evangelische Kirche hat aufgrund ihrer Verflechtung mit der Obrigkeit lange gebraucht, den Wert der Demokratie anzuerkennen. Heute vertritt sie die Überzeugung, dass das christliche Menschenbild und die evangelische Sozialethik ein klares Bekenntnis zur Demokratie nach dem Grundgesetz fordern. Mit Sorge sieht sie die aktuellen Bedrohungen der Demokratie.

- **Demokratie braucht Demokrat:innen. Haben Sie Ideen, wie den Bürger:innen der Wert der Demokratie wieder deutlicher gemacht werden kann?**
- **Sollte für eine bessere Wahlbeteiligung vielleicht eine Wahlpflicht eingeführt werden?**



Wir leben in einer freiheitlichen, demokratischen Grundordnung. Welche hohe Bedeutung Demokratie hat, zeigt ein Blick in die Welt mit vielfach erschreckenden Negativ-Beispielen. Ich will mich daher

dafür einsetzen, dass politische Bildung und Wertekunde gestärkt werden. International will die CDU ein Bündnis der Demokratien schmieden. Freie und geheime Wahlen sind ein hohes Gut unserer Demokratie, das nicht angetastet werden darf. Jede Bürge-

CDU | ARND HILWIG

rin, jeder Bürger muss frei für sich entscheiden, ob sie oder er an Wahlen teilnimmt. Auch das ist eine freie und demokratische Entscheidung, die zu akzeptieren ist. Die Einführung einer Wahlpflicht lehne ich schon aus verfassungsrechtlichen Gründen ab.



Mit einem Demokratiefördergesetz werden wir Vereine, Projekte und Initiativen langfristig fördern und sie besser wappnen gegen die Feinde unserer offenen Gesellschaft. Wir werden das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ weiter ausbauen. Auch politische Bildung ist unverzichtbar.

Zu einer lebendigen Demokratie gehört eine starke Zivilgesellschaft. Wir werden Arbeitnehmer:innen verstärkt in die Lage versetzen, ihren gesetzlichen Bildungsurlaub zu nutzen, um sich einfacher für ihr ehrenamtliches Engagement freistellen zu lassen. Millionen Bürger:innen engagieren sich ehrenamtlich in (Sport-)Vereinen, der freiwilligen Feuerwehr, Kirchen- und Religionsgemeinshaf-

SPD | MICHAEL THEWS

ten, Tafeln, Frauennotrufen, Flüchtlingsorganisationen, dem THW und anderen Organisationen. Mit ihrer Arbeit tragen sie dazu bei, dass unser Gemeinwesen funktioniert. Dieses ehrenamtliche zivilgesellschaftliche Engagement ist für uns unverzichtbar. Ich glaube nicht daran, dass ein Zwang zur Wahl das Demokratiebewusstsein fördern würde.



DIE GRÜNEN | MARTIN KESZTYÜS

Nötig sind mehr Zugänge, mehr Teilhabe, mehr Selbstwirksamkeit und mehr Repräsentanz, zum Beispiel für Menschen in prekären Lebensverhältnissen, Menschen mit Migrationsgeschichte oder mit Behinderung. Eine gleichberechtigte Gesellschaft braucht Politik, die Strukturen verändert. Wir wollen das

Vertrauen in demokratische Institutionen und Mandatsträger:innen stärken und das Primat der Politik gegenüber intransparenter Einflussnahme schützen. Deshalb soll der Einfluss von Lobbyist:innen sichtbar gemacht werden. Das Lobbyregister wollen wir für Bundesregierung, Bundesministerien und Bundestag nachschärfen und die vielen Ausnahmen abschaffen.

Es sollte keine Wahlpflicht eingeführt werden, das würde das Verhältnis zur Demokratie im schlimmsten Fall verschlechtern. Wir wollen Bürgerinnen und Bürger, die aus Überzeugung zur Wahlurne gehen und nicht nur am Wahltag die Demokratie verteidigen, sondern in der gesamten Zeit zwischen den Wahlen.



FDP | LUCAS SLUNJSKI

Die negativen Beispiele haben Sie ja bereits genannt. Den Menschen muss gerade im Vergleich mit den angeführten Verhältnissen wieder klar werden, wie wichtig demokratische Verhältnisse für einen dauerhaften Frieden sind. Hass und Gewalt sind für mich nicht hinnehmbar. Egal ob von rechts, links,

religiösen Fanatikern aller Glaubensrichtungen oder dem Nachbarn nebenan. Ich möchte mich für eine umfangliche Toleranz ALLER Menschen einsetzen.

Unser Wahlsystem sieht die Möglichkeit vor, die Wahlen „frei“ durchzuführen. Diese Freiheit umfasst für mich auch die explizite Freiheit, nicht wählen zu gehen. Jedem Bürger sollte

dabei aber klar sein, dass Wählen ein Privileg ist, wofür in vielen Regionen der Welt immer noch gekämpft werden muss. Mit einer nicht abgegebenen Stimme wird aber auch der Unmut mit der aktuellen Politik kundgetan. Es muss also die Aufgabe der Kandidatinnen und Kandidaten sein, die Menschen von einer Stimmabgabe zu überzeugen.



DIE LINKE | REBEKKA KÄMPFE

Es fängt doch im Kleinen an. Meiner Meinung nach heißt hier das Zauberwort „Partizipation“. Zum Beispiel sollte schon Kindern und Jugendlichen ermöglicht werden, ihre Wünsche und Vorstellungen innerhalb von

ihnen besuchten Institutionen, wie z. B. Kindergarten, Schule oder Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, ohne Angst äußern zu können und ein Recht auf Mitbestimmung eingeräumt werden.

Nein. Es kann nicht im Sinne der Demokratie sein, jemanden zur Wahl zu zwingen.

8. RECHTSPOPULISMUS ENTGEGENTRETEN?

In einem bisher nicht gekannten Ausmaß hat sich in Deutschland eine politische Kraft mit rechtspopulistischer, teilweise sogar rechtsextremistischer Ausrichtung in den Parlamenten festgesetzt. Teile der AfD werden zwar vom Verfassungsschutz beobachtet, trotzdem hat sie beachtliche Wahlerfolge erzielt – in manchen Bundesländern konnte sie nahezu ein Drittel der Wählerschaft gewinnen. Diese Partei wird voraussichtlich für längere Zeit ein relevanter Teil des politischen Systems bleiben.

Die Kirche in Dortmund und Lünen hat sich eingehend mit dem Parteiprogramm der AfD beschäftigt und diese Analysen sogar veröffentlicht. Zudem hat die Dortmunder Kreissynode erklärt: Rechtspopulismus ist keine Option. Denn die Grundüberzeugungen des Rechtspopulismus und des christlichen Glaubens passen nicht zueinander. Das ergibt sich u.a. aus dem christlichen Menschenbild und dem biblischen Verständnis von Nächstenliebe.

- Was ist Ihr Konzept gegen den politischen Rechtspopulismus?
- Wie würden Sie sich verhalten, wenn Ihre Partei Absprachen mit der AfD im Bundestag eingehen möchte?



Es ist leider wahr, dass trotz der schlimmen Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus der Rechtspopulismus nach wie vor Zulauf in unserer Gesellschaft hat. Den extremen Kräften – von der AfD bis zu den

sogenannten Querdenkern – müssen wir mit den Argumenten für Freiheit und Demokratie noch entschiedener entgegenreten. In der politischen Diskussion muss es – bei allem Streit um die Sache – daher fair zugehen. Die AfD steht außerhalb des demokra-

CDU | ARND HILWIG

tischen Spektrums. Die CDU schließt alle Formen der Zusammenarbeit mit der AfD kategorisch aus.



Demokratie ist die Basis unserer Gesellschaft, die allen die Chance bieten muss, in Freiheit und Sicherheit zu leben. Hass, Hetze und Rechtspopulismus müssen stärker bekämpft werden. Mit dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“ wollen wir Präventionsprojekte auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene fördern. Zur

Bekämpfung von Rassismus, Rechtsextremismus, Antisemitismus, Antiziganismus und Islamfeindlichkeit muss ein besserer Austausch und ein abgestimmtes Vorgehen, z. B. durch die Schaffung einer Bund-Länder-Kommission, organisiert und Straftaten in diesem Bereich müssen konsequenter erfasst und geahndet werden.

SPD | MICHAEL THEWS

Absprachen zwischen der SPD und der AfD wird es nicht geben, da bin ich mir absolut sicher. Solche Absprachen würden meine Kolleg:innen niemals unterstützen.

DIE GRÜNEN | MARTIN KESZTYÜS



Zusammenhalt in Vielfalt setzt voraus, mitgestalten und teilhaben zu können, ohne Angst frei zu leben und sich als Gleichberechtigte zu begegnen. Deshalb werden wir das Leitbild „Einheit in Vielfalt“ zur Gestaltung einer rassismuskritischen und chancengerechten Einwanderungsgesellschaft gesetzlich verankern.

Rassismus und alle Formen von Diskriminierungen stellen nicht nur eine große Gefahr für die betroffenen Menschen dar, sondern bedrohen auch das friedliche Zusammenleben und die Sicherheit in Deutschland. Wir wollen den Schutz vor Diskriminierungen und Rassismus in der Verfassung verankern, ergänzend zur überfälligen Ersetzung des Begriffs „Rasse“.

Sollte meine Partei Absprachen mit der AfD im Bundestag eingehen wollen, würde ich all meine Energie darin setzen, das zu verhindern. Sollte ich keinen Erfolg haben, würde ich aus der Fraktion austreten. So habe ich es vor Jahren in einer privaten Situation, die nichts mit Bündnis 90 / Die Grünen zu tun hatte, schon einmal getan.



Hier ist für mich Aufklärung das Mittel der Wahl. Alle demokratischen Parteien müssen sich entschlossen gegen Angriffe von rechts (und auch links) zur Wehr setzen. Vielen Wählerinnen und Wählern ist aus meiner Sicht oftmals gar nicht klar, wofür genau die AfD steht. Hier muss aufgeklärt werden, welche extremen Ansichten sich

hinter zum Teil blumigen Aussagen verstecken. Auch sogenannten „Protestwählern“ muss wieder eine andere attraktive Wahlmöglichkeit aufgezeigt werden.

Mich konnte die AfD bislang noch nie mit konstruktiven Ansätzen überzeugen. Vielmehr ist es ein anhaltendes Gemeckere, teilweise mit Ausdrücken weit unter der Gürtellinie und ohne

lösungsorientierte Alternativen. Eine Zusammenarbeit mit extremistischen Parteien jeder Art, zu denen die AfD für mich zählt, ist nicht vorstellbar. Jedwede Überlegungen in diese Richtung müssen bereits im frühesten Stadium verhindert werden. Ich bin der festen Überzeugung, dass das auch alle anderen liberalen Kandidat:innen so sehen.

FDP | LUCAS SLUNJSKI



DIE LINKE fordert, in Artikel 3 des Grundgesetzes eine Schutz- und Förderklausel gegen rassistische Diskriminierung aufzunehmen. Es braucht Aufenthalts- und Arbeitserlaubnisse unabhängig von Beschäftigungsdauer und Arbeitgeber sowie flächendeckende Kontrollen zur

Durchsetzung des Mindestlohns von 13 Euro für alle Menschen. Zusätzlich sollen in der öffentlichen Verwaltung prozentual mindestens so viele Menschen mit Migrationsgeschichte arbeiten, wie sie auch wirklich in der Gesellschaft zu finden sind. Antirassistische Initiativen sollen mehr finanzielle Unterstützung erhalten.

Und grundsätzlich gilt in Bezug auf Rechtspopulismus eh: Immer wieder dagegenhalten – im Alltag, auf der Straße, im Parlament.

Ich würde mir Mühe geben, aus dem Albtraum aufzuwachen, denn in der Realität wird das niemals geschehen.

DIE LINKE | REBEKKA KÄMPFE

9. MIT DER EVANGELISCHEN KIRCHE KOOPERIEREN?

Gesellschaftliche Verantwortung und praktizierte Nächstenliebe gehören aus evangelischer Sicht zum christlichen Glauben dazu. Darum engagieren sich auch Kirchengemeinden, Kirchenkreise und die Diakonie in vielfältiger Weise sowohl für das Gemeinwesen, als auch für bedürftige Einzelne. Kirche und Diakonie setzen sich in der Region konkret für eine Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts, den Abbau sozialer Unterschiede und gleiche Lebenschancen ein, aber auch für Demokratie und Menschenrechte von Geflüchteten.

- Welche Kooperationsmöglichkeiten und gemeinsamen Anliegen sehen Sie zwischen Ihnen und der Evangelischen Kirche bzw. der Diakonie?
- Gibt es einen konkreten Wunsch an die Evangelische Kirche in der Region?



CDU | ARND HILWIG

Dem universellen Menschenrecht auf Religionsfreiheit Geltung zu verschaffen und die kritische Lage religiöser

Minderheiten auf der Welt zu verbessern, religiösen Fanatismus zu ächten und sich für verfolgte Christen einzusetzen. Lassen Sie die Kirche im Dorf:

Bleiben Sie als Evangelische Kirche in der Region stark vor Ort und ansprechbar für die Menschen.



SPD | MICHAEL THEWS

Durch die Corona-Pandemie sind viele Veranstaltungen und Gesprächs-

möglichkeiten entfallen. Ich würde mich über einen intensiveren Dia-

log, auch außerhalb der Wahlen, sehr freuen.



DIE GRÜNEN | MARTIN KESZTYÜS

Die christlichen Kirchen und Gemeinden sind wichtige Akteur:innen der Zivilgesellschaft. Sie geben unserer Gesellschaft vielfältige Impulse und leisten einen Beitrag für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, für die Arbeit mit Pflegebedürftigen, mit Kindern oder auch bei der Seenotrettung und der Integration von Geflüchteten. Das Grundrecht auf Religions-, Gewissens- und Weltanschauungsfreiheit

wollen wir, auch weltweit, weiter stärken und religiös oder weltanschaulich Verfolgte schützen. Wir wahren das Selbstbestimmungsrecht der Religionsgemeinschaften, suchen die Kooperation mit allen Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften, die das Grundgesetz achten, und stehen dabei stets zum säkularen Staat und seinem Neutralitätsprinzip.

Mein Wunsch: Verjüngen Sie sich, lassen Sie nicht nach in Ihrem Anspruch, noch moderner und attraktiver für junge Menschen zu sein! Denn darin liegt die Zukunft. Sie sind ein wichtiger Pfeiler für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung!



FDP | LUCAS SLUNJSKI

Gemeinsamkeiten liegen für mich vor allem im entschiedenen Entgegenreten gegen Hass und Gewalt und im Einsatz für mehr Vielfaltigkeit und Toleranz. Für mich ist jedoch auch klar, dass Staat und Kirche strikt voneinander getrennt werden sollten.

Leider entscheidet beispielsweise noch viel zu oft die Konfession über berufliche Möglichkeiten und das insbesondere in sozialen Berufen, wo ohnehin schon ein Fachkräftemangel herrscht. Die Evangelische Kirche muss

für mich viel öfter im Social Media-Bereich sichtbar werden, um gerade die Jugend und junge Erwachsene zu erreichen und für ihre Angebote zu werben. Das würde ich mir ganz persönlich wünschen.



DIE LINKE | REBEKKA KÄMPFE

Der Wunsch nach Gerechtigkeit, der Glaube an das Gute im Menschen und

der Wille, Gutes zu tun, sollten gemeinsame Anliegen sein. Wahre Chris-

ten wählen Sozialisten – ich hoffe auf Ihre Stimme!

SCHRIFTEN VON KIRCHE UND DIAKONIE ZU DEN ANGESPROCHENEN THEMEN

Die Ziffern zu Anfang verweisen auf den jeweiligen Wahlprüfstein, zudem die Hinweise gehören.

- (1) Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen. Eine Denkschrift des Rates der EKD, 2007; Kirche auf dem Weg der Gerechtigkeit und des Friedens. Kundgebung der 12. Synode der EKD auf ihrer 6. Tagung, 2019
-
- (2) „... und ihr habt mich aufgenommen.“ Zehn Überzeugungen zu Flucht und Integration aus evangelischer Sicht, hrg. v. der Evangelischen Kirche in Deutschland, Kammer für Migration und Integration, 2017; Website der EKD www.ekd.de, Stichwort „Seenotrettung im Mittelmeer“ (Abruf Juli 2021)
-
- (3) Diakonie Deutschland. Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V., Existenzsicherung neu denken – „Hartz IV“ überwinden, Berlin 2021 (Manuskript, auf der Website der Diakonie Deutschland, Abruf Juli 2021)
-
- (4) Bezahlbar wohnen. Anstöße zur gerechten Gestaltung des Wohnungsmarktes im Spannungsfeld sozialer, ökologischer und ökonomischer Verantwortung, EKD-Texte 136, hrg. v. der Evangelischen Kirche in Deutschland, Kammer für soziale Ordnung, 2021
-
- (5) Umkehr zum Leben. Nachhaltige Entwicklung im Zeichen des Klimawandels, Denkschrift des Rates der EKD, 2009; Geliehen ist der Stern, auf dem wir leben. Die Agenda 2030, EKD-Texte 130, hrg. v. der Evangelischen Kirche in Deutschland, Kammer der EKD für nachhaltige Entwicklung, 2018
-
- (6) Bündnis sozialverträgliche Mobilitätswende. Wie wir das Klima schützen und eine sozial gerechte Mobilitätswende umsetzen können, April 2021 [EKD ist Mitglied des Bündnisses]
-
- (7) Evangelische Kirche und freiheitliche Demokratie – Der Staat des Grundgesetzes als Angebot und Aufgabe. Eine Denkschrift der Evangelischen Kirche, 1985; Konsens und Konflikt: Politik braucht Auseinandersetzung. Zehn Impulse der Kammer für Öffentliche Verantwortung der EKD zu aktuellen Herausforderungen der Demokratie in Deutschland, 2017; Vertrauen in die Demokratie stärken. Ein Gemeinsames Wort der Deutschen Bischofskonferenz und des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (Gemeinsame Texte; 26), 2019
-
- (8) „Rechtspopulismus ist keine Option“, Erklärung der Kreissynode des Kirchenkreises Dortmund 2017; Rechtspopulismus ist keine Option. Orientierungshilfe zum demokratischen Gehalt der Partei AfD, Ausschuss für Gesellschaftliche Verantwortung des Kirchenkreises Dortmund u. Mitwirkung d. Superintendentin, 2020 (beide abrufbar auf der Website des Kirchenkreises www.ev-kirche-dortmund.de); Diakonie Deutschland, Umgang mit Rechtspopulismus. Eine Handreichung für die Diakonie, 2018
-
- (9) Einen Überblick über das vielfältige Engagement geben die Websites des Kirchenkreises Dortmund und der Diakonie Dortmund.

„RECHTSPOPULISMUS IST KEINE OPTION“ - DIE AFD AUS KIRCHLICHER SICHT

Mit denen, die das demokratische System in seinem Kern angreifen möchten, gilt es nicht, den Dialog zu suchen, sondern ihnen ist entschieden entgegenzutreten.

(Präses Annette Kurschus)

Der Evangelische Kirchenkreis Dortmund hat sich ausführlich mit der „AfD“ beschäftigt. Dazu wurde das Parteiprogramm von 2016 gründlich durchleuchtet. Es zeigt sich, dass der Partei gravierende Defizite im Hinblick auf Menschenwürde und Demokratie nachzuweisen sind. Nicht zu Unrecht werden Teile jetzt vom Verfassungsschutz beobachtet.

Die Orientierungshilfe zeigt Schlüsselstellen des AfD-Programms und erläutert sie. Außerdem gibt sie praktische Handlungsempfehlungen für Gemeinden und kirchlich Verantwortliche. Ein Anhang stellt das besondere Verhältnis der AfD zur Kirche dar.

Die Orientierungshilfe „Rechtspopulismus ist keine Option“ ist digital abrufbar auf der Website des Kirchenkreises oder erhältlich über das Referat für Gesellschaftliche Verantwortung des Evangelischen Kirchenkreises Dortmund. Dort gibt es auch in höherer Stückzahl die Kurzfassung als Flyer zum Verteilen. (Kontakt siehe Impressum)



KIRCHE FÜR DEMOKRATIE

AUFSTEHEN!

Wählen gehen.

**26.09.
2021**



- **WAHLPRÜFSTEINE**
Neun Fragen zu
den Wahlprogrammen



- **VIDEO-CLIPS**
Kurzinterviews mit
den Kandidat:innen

Im Kirchenkreis Dortmund-Lünen ist es gute Tradition, sich im Vorfeld von Wahlen zu engagieren. Nicht um sich parteipolitisch einzumischen, sondern um die demokratische Kultur und Meinungsbildung zu unterstützen. Zudem bringen wir die Themen von Kirche und Diakonie in die Diskussion.